

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 3.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 29. Januar 1898.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Coeseriebe 9A.

7. Jahrg.

Das Koalitionsrecht und die Reichsregierung.

Endlich eine Reform des Koalitionsrechtes in Sicht, diese Reform ist aber auch wirklich als zeitgemäß zu begrüßen. Da sind die Landarbeiterinnen und Landarbeiter, für welche heute noch das Koalitionsverbot besteht. Da sind die Bahn- und anderen Arbeiter, denen ihr Arbeitgeber Staat den Gebrauch jenes Gesetzes wehrt, daß der Gesetzgeber Staat ihnen gesichert. Da sind Polizeiorgane, die in ihrem Eifer politische Vereine mit Gewerkschaftsvereinen verwechseln und auf diese die beschränkenden Bestimmungen anwenden, die für jene bestehen. Da entbehren die Berufsvereine der Rechte einer juristischen Person und es bestehen für sie eine ganze Anzahl lästiger und überflüssiger Bestimmungen über An- und Abmeldungen von Vorständen, Mitgliedern und so weiter. Die Beseitigung dieser Vorschriften mit ihren höchst negativen Wirkungen könnten die Gewerkschaften nur mit einem herzlichen „Uff“ begrüßen. Und die Gewährung der Koalitionsfreiheit an alle Arbeiterinnen und Arbeiter würde nur als ein Gebot ausgleichender Gerechtigkeit zu betrachten sein. Und zu der Annahme, daß die „Reform“ des Koalitionsrechtes dessen Erweiterung zum Ziele haben soll, kann man auch kommen, wenn man die Auslassung des Sprechministers Grafen v. Posadowsky liest, die dieser am 13. Dezember 1897 im Deutschen Reichstage machte, sie lautet: „Wir können nicht alle Erwerbszweige polizeilich reglementieren; wir können nicht in den Gang jedes Betriebes mit staatlicher Hand eingreifen. Schließlich fällt in der That ein Zwielichtregieren dem deutschen Volke auf die Nerven.“ Fügen wir hinzu: Ergo muß den Koalitionsbestimmungen der Arbeiter ein unbeeinträchtigt Bewegungsräume eingeräumt werden, damit ohne polizeiliche Reglementierung die Rechte der Arbeiter so weit zugänglich gemacht werden können.

Wer den Kurs kennt, den die Regierung steuert, der weiß auch, daß die Befreiung der Arbeiterkoalitionen von lästigen Polizeieffekten nicht durch diesen Kurs zu erwarten ist. Und wenn dem Leser diese oder ähnliche Gedanken beim Lesen der Ueberschrift dieser Zeilen ankamen, so sei ihm im Nachfolgenden verrathen, daß es nicht eine Erweiterung, sondern eine Verkürzung der Koalitionsfreiheit ist, die man am grünen Tische plant.

Dem „Vorwärts“ war es vergönnt, den deutschen Arbeitern einen großen Dienst durch Veröffentlichung des folgenden geheimen Erlasses zu erweisen:

Vertraulich! Berlin, den 11. Dezember 1897.

Der Reichskanzler.
(Reichsamt des Innern.)
II 2916.

In letzter Zeit ist in der Tagespresse und Fachliteratur wie in Vereinsversammlungen die Frage lebhaft erörtert worden, ob nicht angeht, die durch die Arbeiterbewegung der letzten Jahre geleisteten Erfolge von der Gesetzgebung ein erhöhter Schutz gegen Mißbrauch der durch § 152 der Gewerbeordnung geleisteten Koalitionsfreiheit zu verlangen sei.

Dabei sind mehrfach Bestimmungen für erforderlich erklärt worden, wie sie seitens der verbündeten Regierungen im Jahre 1890 in dem Entwurf der Gewerbe-Ordnungs-Novelle (Reichstags-Drucksache 1890 Nr. 4) zur Erweiterung und Verschärfung der Strafbestimmungen des § 153 a. a. O. vorgeschlagen, damals aber vom Reichstage mit einer erheblichen Mehrheit, zum Theil aus Bedenken grundsätzlicher Art, abgelehnt worden sind. Bei der Wichtigkeit der Sache scheint es geboten, an der Hand der bisherigen Erfahrungen diese Frage einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen und dabei insbesondere zu prüfen, ob sich nicht das Bedürfnis herausgestellt hat, bei Arbeitern in bestimmten den arbeitswilligen Personen gegen Vergewaltigungen und Einschüchterung seitens der Ausständigen oder anderer für diese eintretenden Personen einen kräftigeren Schutz als bisher zu leisten.

Erhebungen hierüber gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte dürften ein werthvolles Material an dem wir erwarten lassen, weil die letzten Jahre, namentlich 1896 und 1897, an Ausständen und Aussperrungen in verschiedenen Gewerkschaften besonders reich waren. Das . . . Ministerium beehre ich mich demnach um eine gefällige vertrauliche Aeußerung über die nachstehenden Fragen zu ersuchen.

1. Ist gegenwärtig eine Wiederaufnahme der in der Gewerbeordnung vom Jahre 1890 zu § 153 gemachten Aenderungsanträge geboten und zwar sowohl zur Erweiterung der strafbaren Thatbestände, als auch zur Verschärfung des in Anwendung zu bringenden Strafmaßes? Welche inzwischen hervorgetretenen Erscheinungen sprechen besonders für ein solches Vorgehen?

2. Ist es häufig unternommen worden, Arbeiter durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, Ehrverletzungen oder Verwundungen zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen, oder an der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit zu hindern, ohne daß es sich dabei nachweisbar um Verabredung und Vereinnahmung der in § 152 bezeichneten Art handelt? Sind gleiche Wahrnehmungen gemacht worden hinsichtlich widerrechtlicher Einwirkungen auf die Arbeitgeber, sei es, um sie zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen, oder um sie an der Annahme solcher zu hindern? Konnte in derartigen

Fällen eine Bestrafung nach den allgemeinen Strafgesetzen stattfinden, oder mußte eine Bestrafung unterbleiben, weil der ausgeübte Zwang nicht eine Verabredung zum Zweck hatte und aus diesem Grunde § 153 der Gewerbeordnung unanwendbar war?

3. Hat sich das in § 153 vorgesehene Strafmaß als ausreichend erwiesen, um auch schwere Fälle der dort bezeichneten widerrechtlichen Einwirkung auf Andere zur Durchführung von Arbeitseinstellung, Aussperrung u. dergleichen zu führen?

4. Waren in den letzten Jahren häufig Arbeitseinstellungen mit Kontraktbruch der Arbeiter verbunden, und war in solchen Fällen vorher zur Einstellung der Arbeit öffentlich aufgefordert worden? War eine Bestrafung nach § 110 des Strafgesetzbuches unmöglich? Ist von einer Strafvorschrift gegen die öffentliche Aufforderung zur Arbeitseinstellung, insbesondere, wenn diese widerrechtlich ist, eine Einschränkung der Streiks und des Kontraktbruches zu erwarten?

II. Sind, abgesehen von den in der Novelle von 1890 zu § 153 enthaltenen Vorschlägen weitere gesetzliche Maßnahmen in Aussicht zu nehmen, um bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit der Anwendung von unerlaubten Mitteln zur Durchführung der Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten? Welche Vorschläge können in dieser Beziehung gemacht werden? Besteht insbesondere nach den vorliegenden Erfahrungen ein Bedürfnis, bei Ausständen arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausständigen und Agitatoren besser zu schützen und diejenigen zu strafen, welche, um Andere von der Aufnahme und Fortsetzung der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen, Arbeitsstätten, Zugänge zu denselben, öffentliche Straßen und Plätze (Bahnhöfe, Halteplätze) übermühen, arbeitswillige durch Reden oder Thätigkeiten belästigen, ihnen das Arbeitsgeräth rechtswidrig vorenthalten oder bei Seite schaffen?

Einer gefälligen Aeußerung darf ich so rechtzeitig entgegenzusehen, daß nöthigenfalls die weiteren Verhandlungen früh genug abgeschlossen werden können, um dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentreten eine neue Vorlage machen zu können.

In Vertretung:
gez. Graf Posadowsky.

Der Erlass ist auf Forderungen der Unternehmerpresse und auf Eingaben zurückzuführen, die vor allem von Zünftlern gemacht worden sind. Der geschäftsführende Ausschuss des Innungsverbandes wandte sich am Ende des vorigen Jahres mit Eingaben an den Bundesrath, das Reichsjustizamt und das Staatsministerium, in denen er die Körperschaften bat, sie möchten „hochgeneigtest im Aufsichtswege Anordnungen treffen, durch welche die Verwaltungs- und Polizeibehörden angewiesen werden, innerhalb der gesetzlichen Grenzen den arbeitswilligen und friedliebenden Arbeitern nachhaltigen Schutz gegen Vergewaltigungen durch ruhestörende arbeitscheue Personen zu verschaffen und den Anklagebehörden das Erheben der öffentlichen Anklage gegen solche, insonderheit gegen die Leiter der Streikbewegung als Anstifter dazu, anempfohlen wird.“ Wesentlich dieser Eingabe entspricht die Umfrage des Herrn Ministers. Prompt ist sie erfolgt, diese Umfrage. Wir erinnern uns an Duzende von Eingaben der Arbeiter, die um Erweiterung des Koalitionsrechtes gemacht wurden, aber nicht erinnern wir uns, daß besagten Petitionen eine Umfrage der amirenden Herren Minister gefolgt wäre.

Und wer wird zweifeln, daß ebenso prompt die gewünschte Antwort erfolgt. Dann wird man mit einer Vorlage an den Reichstag kommen, die die grandiosen Bestimmungen aus dem Entwurf der Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1890 enthält und zwischen durch wird auf dem Wege der Berordnungen erwirkt werden, daß Alle, die den § 152 der Gewerbeordnung anwenden wollen und sich nicht schon in dem § 153 der Gewerbeordnung fangen, den neuen Bestimmungen zum Opfer fallen!

Man beschuldige uns nicht der Uebertreibung, wenn wir von der Vernichtung der Koalitionen sprechen. Wenn das eingeführt wird, was die Umfragen andeuten, dann ist es mit dem Recht durch Vereinigung mittels Einstellung der Arbeit günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, Matthat am letzten. Diesem Ziele steuern auch die organisierten Arbeitgeber, gleichviel ob Zünftler oder Fabrikantenvereiner zu. Diese Herren wissen sehr gut, daß Alle, die Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzungen oder durch Verwundungen bestimmen oder zu bestimmen suchen, an solchen Verabredungen (Erzwingen besseren Lohnes u. d. R.) Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindern oder zu hindern versuchen, von solchen Verabredungen zurückzutreten, mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt. Aber das genügt den Herren nicht, sie wollen Bestrafung der nach ihrer Ansicht intellektuellen Urheber, der Leiter, und bei einigermaßen kühner Folgerung

kann man in dem Vorstand der Organisation jene Personen erblicken, die, um „Andere von der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen. Ferner soll bestraft werden, wer Arbeitsstätten, Zugänge zu denselben, öffentliche Straßen und Plätze überwacht. Ohne diese Ueberwachung ist eine Streikleitung nicht möglich, ein Streik nicht denkbar. Wird dann noch der Kontraktbruch der Arbeiter, statt wie heute durch Entschädigung, mit Strafe geahndet und werden — wonach sich die Umfrage ja auch noch erkundigt — Verschärfungen der Strafen für nothwendig befunden, dann ist das Koalitionsrecht zum Lichtenbergischen Messer geworden, ohne Klinge, an dem der Griff fehlt. Und es ist buchstäblich wahr geworden, was ein deutscher Professor vor wenigen Wochen über sie sagte. Die deutschen Arbeiter haben das Koalitionsrecht, aber wenn sie Gebrauch davon machen, werden sie bestraft. Darum auf, Arbeiterinnen und Arbeiter, auf die Schanzen, so lange es noch Zeit ist zum Protest!

Der Kampf der Maschinenbauer in England

ist beendet. Das vereinigte Komitee der englischen Trades-Unions hat beschlossen, daß die von den Arbeitern dreier Londoner Firmen gestellte Forderung auf Einführung des Achtstundentages zurückgezogen werden soll. Die Maschinenbauer sind gezwungen, diesem Beschlusse Folge zu leisten. Damit ist für das Unternehmertum die Ursache für die Aussperrung genommen und der Kampf von den Arbeitern aufgegeben. Welche Gründe hierfür maßgebend waren, ist noch nicht berichtet. Anscheinend sind die Beiträge, welche auf der Gewerkschaftskonferenz beschlossen wurden, nicht geleistet worden, und hat dieser Umstand zu der plötzlichen Beendigung des Kampfes Veranlassung gegeben. Ob diesem Beschluß in allen Landestheilen Folge gegeben wird, ist noch nicht sicher. Das Unternehmertum besteht jetzt auch auf der Annahme der Bedingungen, die von dem Arbeitgeberverbande am 17. Dezember gestellt wurden. Mit den Arbeitern der einzelnen Betriebe wollen sie nicht unterhandeln und verweisen dieselben an die Leitung des Arbeitgeberverbandes. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Organisation in voller Thätigkeit und in dem bisherigen Zusammenhalt die jetzt folgende schwierige Periode überstehen wird.

Der Kampf hat ca. 13 Millionen Mark verschlungen. Natürlich entsprachen die zur Auszahlung gelangten Unterstützungssätze nicht der Höhe der während der Arbeit bezogenen Löhne, sodaß auch die Lohnverluste unter die Opfer gerechnet werden müssen. Da wirft sich nun die Frage auf, entsprechen diese Opfer dem angestrebten Ziele? Kapitalisten oder deren Mittheiler mögen die Frage verneinen, wir müssen sie bejahen. Der Achtstundentag ist für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter von so wichtiger Bedeutung, daß uns kein zu seiner Erringung getragenes Opfer zu groß erscheint. Auch nicht nutzlos ist der Kampf gewesen. Die englischen Arbeiter werden jene Forderung, für die sie 7 Monate heldenhaft gekämpft haben, nicht preisgeben. Weitere Konflikte um die Verkürzung der Arbeitszeit werden entstehen und es fragt sich, ob das Unternehmertum in Zukunft einen gleichen energischen Widerstand leisten kann oder leisten wird.

Noch eine andere Frage wirft sich gebieterisch auf. Werden die englischen Gewerkschaftler nach wie vor auf dem einseitigen gewerkschaftlichen Boden verharrten? Werden ihre Führer und Beamten, wie das bislang theilweise geschehen, auch noch in Zukunft die Vertrauensleute der radikalen Bourgeoispartei spielen, derselben Bourgeois, deren wirtschaftliche Ueberlegenheit sie soeben so schmerzlich gefühlt haben? Wird man in England nun endlich auch einsehen, daß die Arbeiterklasse sich auch politisch organisieren muß, daß auch ihr politischer Kampf ein Klassenkampf sein muß? Man darf es wohl hoffen, dann kann auch von dieser Niederlage gesagt werden, daß sie den Sieg vorbereitete.

Weitere Auslassungen zur Frage der Arbeitslosen-Unterstützung.

Obwohl schon viel für und wider die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung geschrieben wurde, so vermisse ich doch immer noch die Hauptsache, nämlich einen Vorschlag, eine rechnerische Grundlage. Vor Allem müssen wir annähernd feststellen, wie viel Arbeitslose resp. wie viel Arbeitslosenwochen haben wir zu gewärtigen und wie hoch werden die Wochenbeiträge sein müssen. Die Statistik über die Arbeits-

Iosen vom Dezember 1895 sagt, daß aus unserer Branche sich 35 Proz. Arbeitslose rekrutieren. Nehmen wir also 35 Proz. an, ergibt, unseren Verband zu 20 000 Mitglieder angenommen, 7000 Arbeitslose.

Wichtiger aber noch als diese Zahl ist diejenige der Arbeitslosenwochen. Wiederum nach obiger Statistik eine Durchschnittszahl von vier Wochen pro Arbeitslosen angenommen, sind 28 000 Arbeitslosenwochen. Nun die Hauptfrage: die Höhe der Unterstützung! Wegen 6 Mk. fangen wir lieber gar nicht an, 12 Mk. wäre wünschenswerth, hätte aber auch wieder andere Bedenken (Simulanten). Gehen wir also einen Mittelweg, und sagen 10 Mk., ergibt eine Ausgabe von 280 000 Mk.

Rechnen wir weiter. Unsere 20 000 Mitglieder leisten $52 \times 20\,000$ Beiträge. Aus Erfahrung sind wir aber vorsichtig geworden und sagen, ein Fünftel wenigstens kann und will nicht bezahlen, verbleiben noch $16\,000 \times 52 = 832\,000$ Wochenbeiträge. Diese dann dividirt durch die Ausgaben Summe, bedingt einen Wochenbeitrag von 34 Pf. pro Mitglied, natürlich ausschließlich des Verbandsbeitrages. Bei 12 Mk. Unterstützung müßte der Beitrag 40 Pf. sein.

Alle Diejenigen, welche mir etwa entgegenen, ich hätte absichtlich ein ungünstiges Bild malen wollen dadurch, daß ich nur die Zahlen vom Dezember 1895 angeführt, weil da die Arbeitslosigkeit am größten, oder daß die Durchschnittszeit von 4 Wochen der Arbeitslosigkeit zu hoch wäre, verweise ich auf die Statistik der norddeutschen Zahlstellen in Nr. 1 des „Proletarier“ d. J.

Nach dieser, welche sich auf das ganze Jahr erstreckt, waren sogar 39 Proz. durchschnittlich 11 Wochen arbeitslos. Zwar ist diese Statistik nicht vollständig, erstreckt sich aber doch auf ein Viertel unserer Mitglieder und hat also immerhin Anspruch auf Berücksichtigung. Die sich ergebenden Statistiken aus anderen Gegenden würden wohl kaum im Stande sein, diese geradezu trostlosen Zahlen im Gesamtverhältniß um Vieles herunter zu drücken! Wollte man aus dieser Statistik eine Grundlage nehmen, dann müßten die Beiträge um das Dreifache des oben angeführten Beitrages, also ungefähr auf eine Mark pro Woche, erhöht werden, um 10 Mk. Unterstützung zu erzielen!

Ob nun mit diesen Beiträgen (neben Verbandsbeitrag) so leicht neue Mitglieder zu gewinnen und glücklich über eine lange Karenzzeit hinüberzuretten sind, möchte ich zum Mindesten bezweifeln.

Dann: wo kommen die Verwaltungskosten her, wie stellen wir uns, oder wie geht es der Klasse bei Streiks? Ferner, werden wir nicht bald eine Schaar solcher Mitglieder haben, die regelmäßig im Winter Unterstützung beanspruchen, während die solideren Elemente fern bleiben?

Und wenn wir, wie Kollege Heinrich meint, es dann nicht mehr so eilig hätten mit Arbeit suchen, sondern passende Arbeit abwarten könnten, dann würde wohl das Doppelte und Dreifache des obigen Beitrages nicht ausreichen.

Ich sage, wie wünschenswerth die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung wäre, sie wird nicht zu Stande kommen, oder wird, wenn eingeführt, scheitern. Wir sind nicht im Stande, die Wunden selbst zu heilen, die der Kapitalismus im Verein mit der ganzen heutigen Gesellschaft uns schlägt. Diejenigen Kräfte und Faktoren, welche das Uebel der Arbeitslosigkeit in die Welt riefen, mögen in Zukunft auch mit an deren Folgen tragen.

Stützenberger-Mannheim.

Nicht allein über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, sondern auch über andere die Organisation berührende Fragen schreibt Kollege Bernhard aus Frankfurt a. Mein: Die Befürworter der Arbeitslosen-Unterstützung haben sich deren Einführung doch zu leicht gedacht. Die Statistik der Hamburger Zahlstellen in Nr. 1 des „Proletarier“ dürfte ihre Zuversicht wohl etwas ins Wanken gebracht haben. Aus dieser Statistik — ihre Richtigkeit vorausgesetzt — geht der Nachweis hervor, daß bei uns die Arbeitslosigkeit in einem Grade herrscht, wie in keinem anderen Arbeitszweige. Von 21 Zahlstellen mit 5101 Mitgliedern waren 1880 Personen 22 454 Wochen im Jahre 1896 arbeitslos. Vorausgesetzt, wir bezahlen jetzt schon Arbeitslosen-Unterstützung und zwar 7 Mk. pro Woche, so ergibt sich die Summe von 157 178 Mk. Die Buchdrucker hatten bei einer Mitgliederzahl von 21 002 nur 127 341 Mk. Arbeitslosen-Unterstützung, also nahezu 30 000 Mk. weniger.

Das Beispiel wird genügend beweisen, daß es verfehlt ist, sich immer auf andere Verbände zu berufen. Die Verhältnisse für uns sind andere, als für gelehrte Arbeiter. Bekommt Letzterer in seinem Berufe keine Arbeit, so versucht er sich als Fabrik- oder sonstiger Hilfsarbeiter. Durch Erfindung neuer Maschinen werden immer mehr Berufsarbeiter in die Reihen der ungelerneten Arbeiter gemorfen, die Arbeitslosigkeit wird dadurch für uns vermehrt. Diesen Zuwachs haben Berufsarbeiter nicht zu verzeichnen und einige ihrer Organisationen richten ihr Augenmerk auf eine Behinderung des Zustromes neuer Kräfte durch Abmachungen mit den Prinzipalen über Verhinderung der Lehrtage und Aehnliches. So rückte die Leitung der Buchdruckerorganisation Jahr für Jahr in allen Ecken Deutschlands die Aufforderung an Eltern, Pflanzstätten und Vormünder, sie möchten ihre Kinder oder Lehrlinge die Buchdrucker nicht erlernen lassen, weil der Beruf mit Arbeitskräften schon überfüllt sei.

Wir können uns auf dem Arbeitsmarkt auch nicht in entfernt ähnlicher Weise die Konkurrenz vom Leibe halten.

Kollege Streb in Offenbach scheint zu meinen, auch wir könnten einen Wochenbeitrag von 1,10 Mk. bezahlen. Ich bezweifle, daß, wenn wir Alles hinzu-rechnen, was wir für Krankenversicherung, Altersversicherung u. s. w. bezahlen müssen, wir dann mit der Summe auskommen.

Ich muß dem Urtheile beipflichten, das der „Vorwärts“ gelegentlich einer Buchbesprechung fällt. Es lautet:

„Bei der Organisation der Arbeitslosen-Versicherung durch die Gewerkschaften müssen die Arbeiter allein die Kosten tragen, um „den Industriellen ihre Reserve-Armee durchzufüttern“. Bei den verschiedenen Projekten und Versuchen der Arbeitslosen-Versicherung dagegen spielen überall Arbeitgeber-Beiträge, sowie Staats- oder Kommunalzuschüsse eine Rolle. Mag man nun sagen: „Solche Kosten werden in letzter Linie doch auf die Arbeiter übergewälzt.“ Ganz ist es nicht so; etwas bleibt von derartigen Lasten immer an anderen Gesellschaftsklassen hängen. Und sollten diese anderen Gesellschaftsklassen nicht noch mehr Ursache haben, als die Arbeiter, für den Unterhalt der Arbeitslosen-Reserve-Armee zu sorgen? — Endlich noch eine Frage: Ist e vom Standpunkt der Arbeiterpartei richtig, sofern man überhaupt die Arbeitslosen-Versicherung für wünschenswerth und für durchführbar hält, die Lösung der Aufgabe den einzelnen Gewerkschaften zu überlassen; oder ist es dann richtiger, die Versicherung einheitlich und für alle Arbeiter gleichmäßig zu organisiren? Im ersteren Falle würde nur eine Arbeiter-Elite Vortheil von der Sache haben; im letzteren Falle aber das Gesamtproletariat des Landes, dessen Mitglieder heute vielfach keiner Gewerkschaft angehören und bei theueren Beiträgen erst recht nicht angehören würden. Die Arbeiterpartei hat sicherlich in erster Linie das Gesamtproletariat im Auge zu behalten. Damit ist der Grundsatz nicht angetastet, daß jede Maßregel darauf zu prüfen ist, ob sie den für die Führung des Emanzipationskampfes so sehr wichtigen Gewerkschaften nützt oder schadet.“

Die Behauptung: Die Gewerkschaften, die Arbeitslosen-Unterstützung gewähren, seien geeigneterer Kampforganisationen, ist unzutreffend. Bekanntlich haben die Buchdrucker ihren letzten großen Kampf verloren trotz ihres hohen Fonds und ihrer Arbeitslosen-Unterstützung. Und wie steht es mit den Arbeitsbedingungen der Buchdrucker? Ihre Organisation gehört zu den ältesten Deutschlands und trotzdem haben die Buchdrucker 9½-stündige Arbeitszeit, und (Frankf.) einen Minimallohn von 24,60 Mk. (An manchen Orten weniger, der Minimallohn wird gebildet aus einer Grundrate und einem örtlichen Zuschlag, der je nach den Orten verschieden ist. D. N.) Nach dem heutigen Stande der Kultur müßten die Buchdrucker eine 8stündige Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 30 Mark haben. Der Schwerpunkt ist nicht darauf zu legen, die Mitglieder durch Gewährung allerlei Vortheile an die Organisation zu fesseln, sondern dahin zu wirken, daß sie aus Ueberzeugung Mitkämpfer werden.

Ich möchte behaupten, daß die Mehrzahl unserer Mitglieder aus Ueberzeugung dem Verbande angehört. Unser Verband kann sich neben jede andere Organisation stellen und hat auch Erfolge erzielt wie jede andere Organisation. Ich verweise auf unsere Zahlstellen. Vor zwei Jahren traten wir für die Fuhrleute ein, die eine lange tägliche Arbeitszeit hatten, die noch täglich 2—3 Stunden verlängert wurde, weil die Expedition des Staats-Güterbahnhofes bis um 11 Uhr Abends Güter annahm. Wir nahmen uns der Sache an, und nach kurzer Zeit traten Verbesserungen ein. Ueber 200 Fuhrleute traten unserem Verbande bei. Ein Theil davon war mit dem Errungenen noch nicht zufrieden und blieben die Einzelnen nach und nach von den Versammlungen weg. Wir ließen trotz des Sträubens der Eisenbahn-Direktion nicht nach und wir errangen, daß nur noch das abgefertigt wird, was um 6 Uhr bereits angefahren war.

Die Fuhrleute haben dadurch eine Verkürzung der Arbeitszeit von ca. 2 Stunden erhalten, sie hätten alle Ursache gehabt, dem Verbande treu zu bleiben; wir haben kaum noch 30 davon. Trotz des verunglückten Streiks der Arbeiter am hiesigen Hafen haben wir es durchgesetzt, daß der Magistrat den städtischen Arbeitern eine Lohnerhöhung gewährte, auch diese lassen sich kaum mehr sehen. Der Einwand, der Verband leiste nicht genug, um die materiellen Interessen der Mitglieder zu wahren, ist also hinfällig. Auch die Frauen verschulden es nicht, wenn die Männer uns fern bleiben. Diese sind vielmehr selbst daran schuld. Der geringen Beitrag kann Jeder bezahlen, wenn er nur will. Für diesen geringen Beitrag wird Rechtsschutz, Reisegehalt, Umzugsgeld, Unterstützung der Kämpfe, die sich um Erringung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen drehen, gewährt und der „Proletarier“ geliefert. Der letztere ist die beste Waffe im Kampfe für die Aufklärung, und diese sollte man besser gestalten und die Wandwörter von Versammlungsberichten weglassen, weil sie die Mehrzahl unserer Mitglieder doch nicht interessieren.

Auch der Versammlungskalender könnte weggelassen. Wenn alle 6 Monate die Bekanntgabe der Bevollmächtigten und Reisegehaltensauszahler erfolgte, so würde das genügen.

Ich finde es begreiflich, daß es manchem unserer Kollegen zu langsam geht, und daraus mag ja auch wohl der Vorschlag des Kollegen Heinrich entsprungen

sein, dessen Besprechung das Gute haben wird, denn Mitgliedern Klarheit über die Arbeitslosen-Unterstützung zu verschaffen. Ich halte den Vorschlag von Mainz die Frage dem nächsten Verbandstage zu überweisen, für verfehlt. Bis zum Verbandstage wird bereits Klarheit geschaffen sein; darum wäre es erwünscht, wenn die Diskussion im „Proletarier“ weitergeführt würde.

Noch Einiges zur Agitation. Viele Kollegen verlangen, daß der Vorstand oder andere Redner im Auftrage des Ersten mehr auf Agitation gehen sollen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß diese Versammlungen wohl etwas besser besucht sind, auch einige Aufnahmen aufweisen, daß aber die Versammlungen ohne Nachwirkungen sind. Das Resultat ist gleich Null! Und welche Summen kosten solche Versammlungen! Sie betragen für manches Mitglied 4 Mark und mehr! Eine andere Agitation wird nun von Mainz geplant, nämlich eine große Agitations-Kommission. Wenn ich mich gegen diese wende, so geschieht es, um die beteiligten Zahlstellen vor Beschädigung der Konferenz zu warnen. Denn die finanziellen Aufwendungen dafür sind geradezu nutzlos gemacht. Was haben die Konferenzen in Offenbach und Darmstadt und die süddeutsche Agitations-Kommission geleistet? Die Konferenzen werden nun halbsportsmäßig betrieben. Konferenzen der Kartelle, der Gewerbegelehrten und wer weiß welche sonst noch werden veranstaltet, sodas dagegen einmal Front gemacht werden muß. Wenn nun die norddeutschen Kollegen Konferenzen abhalten, so ist dagegen wohl nichts einzuwenden, denn sie haben Mitglieder hinter sich und die Zahlstellen liegen nicht zu weit von einander entfernt. Will man Agitation, so kann man sie auf andere Weise betreiben. Ich nehme als Beispiel Mainz an. Dieses bietet unseren Kollegen ein so großes Agitationsgebiet, daß sie gar nicht in die Ferne zu schweifen brauchen. Die Agitation in Süddeutschland kann auf billigere Art geschehen. Fast in allen größeren Orten sind Gewerkschaftskartelle, und da könnte es nicht schaden, wenn der Vorstand von Zeit zu Zeit einen Aufruf erlasse des Inhalts, die Kartelle möchten sich mehr um die Gründung von Zahlstellen unseres Verbandes bemühen. Der Pessimismus in Bezug auf unseren Verband ist nicht angebracht. Wenn wir in seitheriger Weise weiter arbeiten, vor Allem unsere Presse besser ausgestalten, in Betracht ziehen, daß wir auch mit anderen Personen zu rechnen haben wie andere Gewerkschaften, vorsichtiger bei Injenzierung von Lohnbewegungen sind, dann können wir mit den Resultaten zufrieden sein.

Es ist zu bedauern, daß noch so wenig Sympathie für die Arbeitslosen-Unterstützung vorhanden ist. Nur Kollege Heinrich (Na, außer diesem auch noch einige Andere! D. N.) hat für die Armen unter den Weimülern ein fühlendes Herz. Ja, wenn man es selbst erfahren hat, kann man urtheilen. Wenn die Kinder nach Brod schreien und der arbeitslose Vater es ansehen muß, daß die Mutter nicht im Stande ist, den Hunger ihrer Kinder zu stillen, so ist es selbstverständlich, daß er an seine Organisation denkt, für die er seine Groschen in der Zeit, in der er arbeitete, opferte. — Groschen, welche seine Familie entbehren mußte, weil er den festen Glauben hatte, daß diese Opfer, die er brachte, seine traurige Lage besserten. Muß er nicht nach diesen langen Jahren des Kampfes verzweifeln? Denn für die Organisation werden die Opfer immer größer; immer mehr muß er zahlen, und der Verdienst wird immer weniger. Was für Folgen werden daraus entstehen, wenn die Kollegen die Arbeitslosen-Unterstützung ablehnen? Unsere Mitglieder werden in eine solche Organisation gehen, die Unterstützung leistet. In Hamburg umgegend haben wir gesehen, daß unsere Mitglieder in den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter übergetreten sind, weil dort die Arbeitslosen-Unterstützung besteht; denn nach einer Karenzzeit von einem Jahr wird bei einem wöchentlichen Beitrage von 20 Pf. eine Unterstützung von 6 Mark pro Woche sechs Wochen lang gewährt. Noch einen Beweis, daß die Arbeitslosen-Unterstützung bei nicht zu hohem Beitrage durchführbar ist, haben wir aus der Rede Martin Segig'. Derselbe sagt, daß die Kupferschmiede mit einem Beitrage von wöchentlich 25 Pfennig (Die Kupferschmiede bezahlen 25 und 30 Pf. Beitrag und fünf Mark Einschreibegeld! D. N.) 13 Wochen Reise-Unterstützung und 13 Wochen Arbeitslosen-Unterstützung im Beitrage von täglich 1 Mark zahlen. Der Dänische Metallarbeiterverband erhebt einen Beitrag von 34 Pf. die Woche und bezahlt Unterstützung pro Tag 79 Pf. auf die Dauer von 70 Tagen. Nun unser Verband. Wenn die neun Hamburger Zahlstellen zusammen 3000 Mitglieder zählen und wir dann die Woche an Beitrag 10 Pf. mehr bezahlen, so entsteht eine Summe von 300 Mark, macht pro Jahr 15 600 Mark. Mit dieser Summe könnten wir schon 433 Mitgliedern 6 Wochen lang pro Woche 6 Mark zukommen lassen und noch 12 Mark Ueberschuß (Sogar 372 Mk. Ueberschuß! D. N.) haben und da geht es nicht? Oder soll Alles zum Kampfen verwendet werden, wo der Kämpfer leer ausgeht? Von dem heutigen Staat haben wir nichts zu erwarten und wenn wir uns und unseren Brüdern nicht selbst helfen, dann werden sie alle elend zu Grunde gehen. Wir Frauen sind alle für die Organisation zu haben, wenn die Kollegen ihre Frauen nur aufklären und in erster Linie als Gleichberechtigte betrachten, denn die Frau ist berechtigt, an Allem theilzunehmen; da, wo die Frauen nicht zu haben sind, liegt es in der Regel an dem organisirten Kollegen, weil er

seine Frau resp. die gesammten Frauen als ein minderwertiges Geschöpf betrachtet. Sobald dies aufhört und die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt wird, dann ist ein kleiner Theil unserer sozialen Forderungen erfüllt.
Frau Meyer; Uhlenhorst.

Soziale Rundschau.

Gerichts-Chronik. Der frühere 2. Bevollmächtigte Krennemüller hatte in Höchst für den Verband ein-genommene Gelder im eigenen Interesse verwandt und stand nun vor dem Schöffengericht in Höchst; er erhielt 3 Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden. — In Delmenhorst hatte ein Hilfskassirer Andrijenosky über 70 Mk. für sich verwandt, er erhielt 12 Tage Gefängnis.

Korrespondenzen.

Alfeld. Am 5. Januar tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die aber, wie in letzter Zeit immer, sehr schwach besucht war. Es kommen gewöhnlich von den 34 Mitgliedern nur 8 zur Versammlung. Da aber die Versammlungen am Sonnabend Abend abgehalten werden, so ist es gar nicht übertrieben, wenn man den Besuch eines jeden Kollegen, oder wenigstens der Mehrzahl aller Kollegen erwartet.

Warmbach. Am 12. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 736,25 Mk., welcher eine Ausgabe in der gleichen Höhe gegenüberstand. Der Antrag der Geschäftsstelle Altona: „Erheben wir einen wöchentlichen Extra-Beitrag“, wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Hierauf erstattet Kollege L. den Bericht vom Kartell, woran sich eine längere Debatte schließt. Das abgeänderte Regulative des Hamburger Gewerkschaftskartells wird mit 78 gegen 14 Stimmen angenommen. Als Delegirte werden die Kollegen L. und B. gewählt. Alsdann werden noch vier Thürkontroleure und drei Hilfskassirer gewählt. Durch Beschluß wird jedes Mitglied verpflichtet, zur Deckung der Schulden vom Fabrikarbeiterstreik noch eine Schlupfmarkte, für männliche 50 Pf. und für weibliche 30 Pf., zu entnehmen.

Vergeborf. Am 8. Januar tagte unsere letzte Mitgliederversammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Stille eine Vorlesung aus dem Buche der Freiheit. Dann wurden die Kollegen Krahn und Hadmac als Delegirte zum Gewerkschaftskartell gewählt, als deren Stellvertreter die Kollegen Binzer und Koch. An Stelle des abreisenden 2. Bevollmächtigten ist Kollege Hadmac, als Schriftführer Kollege Koch, an dessen Stelle Kollege Ranehl als Revisor in Vorschlag gebracht. Hierauf wurde für das auf den 20. Februar festgesetzte Stiftungsfest das Komitee um 6 Personen ergänzt. Zur Revision der Abrechnung vom Streik der Arbeiter von Weg u. Ko. wurden die Kollegen Pinnau, Brockmeyer, Holland, Binzer und Engeland gewählt.

Vernburg. Unsere am 15. Januar im Thüringer Hofe tagende Mitgliederversammlung wies einen befriedigenden Besuch auf. Der Vertrauensmann verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1897, die für richtig befunden wurde. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Einstellung eines Kassensboten und dessen Wahl“, entspann sich eine längere Debatte, die mit einstimmiger Annahme des Antrages endete. Kollege König wurde als Kassensbote gewählt. Für seinen Wüchsaufwand erhält er pro Monat und Mitglied 5 Pf. Entschädigung, die direkt an den Boten zu zahlen ist. Die Versammlungen wurden dann auf einen anderen Abend des Monats verlegt. Die Besprechung eines Vergütungs ist bis zur nächsten Versammlung vertagt worden. Nach Aufnahme einiger Mitglieder wurde die Versammlung geschlossen.

Delmenhorst. Am 9. d. Mts. tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erhielt Kollege Sprenger das Wort zum Vortrage über die Arbeitslosenunterstützung. Der Vortragende kam zu dem Schluß, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für unseren Verband ein verfehltes Projekt wäre. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen erkennt an, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht ohne Erhöhung der Beiträge möglich ist, eine solche aber für den Verband zur schädigend sein würde; da weiter die Lohnverhältnisse in der Textilindustrie eine Beitragserhöhung nicht gestatten, erklärt sich die Versammlung gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung.“ Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines besoldeten Kassirers“, lehnte die Versammlung einen vom Vorstande gestellten Antrag ab, wonach eine Person gewählt werden sollte, welcher das ganze Kassensystem übergeben werden sollte. Hierauf wurde der Kollege Wtma zum zweiten Bevollmächtigten vorgeschlagen. Auf Antrag aus der Versammlung wurde die Abrechnung nochmals an die Revisoren verwiesen, mit dem Nebenantrage, sie der nächsten Versammlung spezifiziert vorzulegen. Sodann wurden die Kollegen Sprenger, Peterschagen und Höber als Beitragskassirer gewählt. Hierauf kamen noch einige Beschlüsse von der hiesigen „JuteSpinnererei und Weberei“ zur Sprache, die dem Gewerkschaftskartell zur weiteren Verfolgung überwiesen wurden.

Dodenhuden. Unsere Versammlung tagte Sonntag, den 8. Januar. Nach der Aufnahme von Mitgliedern wurde die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen, darauf das Vorschlag der Bevollmächtigten und Revisoren vorgenommen. Die Versammlung gestattete sich wegen des schwachen Besuches unter „Verschiedenes“ nicht interessiert, deshalb seien an dieser Stelle die Kollegen zum besseren Besuche der Versammlungen aufgefordert. Ueberhaupt sollte jeder Kollege in seinen Freundes- und Bekanntenkreisen für den Verband agitieren, damit dieser jene Mitgliederzahl erhält, die ihm entsprechend der hier an-fälligen Arbeiterzahl zulohnt.

Silbeck. Die letzte Mitgliederversammlung tagte Mittwoch, den 30. Dezember 1897, im Lokale des Herrn Heffelt, Wandsbeter Chaussee 162. Der erste Bevollmächtigte tadelte das Verhalten der Kollegen in der Passavafabrik von Eggers u. Co., Hammersteinbaum, die wohl damals, als sie im Lohnkampf standen, der auch zu Gunsten der Arbeiter entschieden wurde, recht gut das Versammlungslokal zu finden wußten, jetzt aber sich nicht mehr sehen lassen. Die besser gesinnten Kollegen wurden aufgefordert, durch Agitation die säumigen Kollegen zum Besuche der Versammlungen zu bewegen. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung, Kartellbericht, berichtete Kollege K. Im dritten Punkt der Tagesordnung, Unterstützungsfrage, wurde beschlossen, dem Kollegen Richard Dühr, welcher den ganzen Fabrikarbeiterstreik mit durchgepöppelt hat, und gleich nach Beendigung desselben am Hafen das Unglück gehabt hat, zu Schäden zu kommen, sodas er noch jetzt im Krankenhaus darniederliegt, zu unterstützen und zwar durch Veranstaltung einer Sammlung unter den Mitgliedern. Sodann wurden die Kollegen auf-gesordert, sich auszusprechen, ob der Wochenbeitrag von 10 Pf. auf 15 Pf. für männliche und von 5 Pf. auf 10 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht werden sollte; es wurde beschlossen, festeß dieser Angelegenheit zur nächsten Versammlung einen Referenten erscheinen zu lassen. (Aus dem Berichte geht nicht hervor, ob die Verathung über die Beitragserhöhung den Zweck haben soll, dem diesjährigen Verbandstag einen Vorschlag zu unterbreiten, oder ob die Geschäftsstelle Silbeck gegenwärtig eine

Erhöhung der Beiträge erzielen will; zu letzterem hat sie kein Recht. Die Red.) Als Hilfskassirer wurde Kollege Meier gewählt. Der Antrag der Geschäftsstelle, Anschaffung einer gemeinschaftlichen Fahne, wurde einstimmig abgelehnt. Darauf folgte Schluß der Versammlung.

Einshorn. In der am 2. Januar abgehaltenen Versammlung ließen sich 27 Kollegen in den Verband aufnehmen. Dann gab Kollege Viehl die Abrechnung, welche für richtig befunden wurde, worauf die Versammlung die Decharge erteilte. Ueber „Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung“ referierte Frau Zieg aus Hamburg. Den Kartellbericht gab Kollege Hintelmann. Aus diesem ist hervorzuheben, daß die Verwaltung der Gewerkschaftsbibliothek dem Kollegen Bestmann, Gärtnerstr. 9, übertragen ist.

Geseffacht. Am 9. Januar d. J. tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 192,88 Mk. Die Lokalausgabe beträgt 48,47 Mk. An die Hauptkasse sind gesandt 86,60 Mk. Der Kassenbestand beträgt 57,21 Mk. (Die Ausgabe übersteigt die Einnahme um 50 Pf. D. Red.) Die Abrechnung wurde für richtig erklärt. Unter den Ausgaben befinden sich 25 Mk. für die streikenden Maschinenbauer. Es begann dann die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung. Nach der Meinung des Kollegen Ohmsteube muß erst ein Fonds angesammelt werden, aus dem die Unterstützung zu bestreiten wäre. Kollege Wöckmann meint, daß dann erst ein Jahr lang Beiträge gezahlt werden müßten, ehe überhaupt eine Unterstützung gezahlt werden könnte. Kollege Berndt bemerkt, daß die Entscheidung über die Arbeitslosenunterstützung nicht von uns, sondern nur von einem Verbandstage getroffen werden könnte. Die hiesigen Kollegen sollten nur ihre Meinung zu der Frage äußern, darum habe er sie ange-regert. Die Unterstützung selbst sei nicht so ohne Weiteres von der Hand zu weisen. Einen Fonds aufzubringen sei unnötig. Die Zahl der Arbeitslosen ließe sich ermitteln und auch die zur Unterstützung nötige Geldsumme. Hieran müßte wohl das Bedenken, in unserem Orte seien zu viele Arbeitslose und wir müßten darum zu hohe Beiträge zahlen, scheitern. — Die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung und Beitragserhöhung ward dann bis zur nächsten Versammlung vertagt. Als Hilfskassirer wurde Kollege A. Gothmann gewählt.

Halberstadt. Der Streit der Handschuhmacher, der auch einige unserer Mitglieder (Bedarfsarbeiter) in Mitleidenhaft gezogen, ist beendet. Die Drohung der Fabrikanten bei Ausbruch des Streikes, sämtliche Bedarfsarbeiter zu entlassen, ist nur von einigen befolgt worden. Die am zweiten Tage abgehaltenen Verhandlungen hatten zur Folge, daß zwei Drittel der Forderungen bewilligt wurden, das übrige Drittel soll im März bei Angrißnahme der neuen Bestimmungen bewilligt werden.

Hamm. In der Versammlung, die am 4. Januar im Lokale des Herrn Karl Mufz tagte, referierte Genosse Ludwig Meyer über die technische Revolution. Der Kartellbericht fiel aus, weil keine Kartellung stattgefunden hatte. Unter „Innere Vereinsangelegenheiten“ erwähnte Kollege Sad die anwesenden Kaffeeverleerinnen, dem Verbände treu zu bleiben. Dann kamen die Entlassungen auf dem Kasseboden des Herrn Danehl zur Sprache. Die Kollegin Frau Sch. berichtet darüber. Aus diesem Bericht ist besonders hervorzuheben, daß der Herr Danehl in einer Ansprache nach der Entlassung der Kolleginnen Behnig, Gerlach und Köhler an die verbliebenen Arbeiterinnen behauptete, er habe den Bericht über das agitatorische Verhalten der drei Entlassenen von der Bezirkspolizei erhalten. Nach diesen Ausführungen erklärten die Versammelten die Handlungsweise des Herrn Danehl für eine Wahregelung und es wurde beschlossen, die betreffenden Kolleginnen zu unterstützen. — Eine andere Versammlung hielten wir am 11. Januar im Lokale des Herrn Sieberling ab. Der zum 2. Male auf die Tagesordnung gestellte Vortrag über „Arbeitslosenversicherung“ mußte wieder ausfallen, da aber-mals ein Referent nicht erschienen war. Unter Hinweis auf die veröffentlichte Statistik in der Nummer 1 des „Proletarier“ machte der Kollege Sad einige Ausführungen, wodurch er nachwies, von welcher problematischem Werth die Arbeitslosenversicherung für die nicht gelernten Arbeiter im Besonderen ist. Der Vortrag soll nun nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden. Die Abrechnung für das 4. Quartal ergab eine Einnahme von 280,22 Mk., eine Ausgabe von 195,47 Mk., bleibt Kassenbestand 84,75 Mk. Hierauf erstattete Strube den Kartellbericht unter spezieller Berücksichtigung des revidierten Kartell-Regulatives. Dasselbe wird ganz verlesen. Die Abstimmung ergab eine Annahme mit 35 Stimmen. Als Kartell-Delegirte für das laufende Jahr wurden Sad und Strube gewählt, ferner wurden gewählt als Herbergs-Delegirter der Kollege Krause und als Hilfskassirer der Kollege Ahrens. Dann berichtete Kollege Sad kurz über den Streit der englischen Maschinenbauer und theilte mit, daß er in den Besitz der Sammelbriefe gelangt sei und fordert zur thätigsten Unterstützung auf. Unter „Innere Vereinsangelegenheiten“ theilte Sad mit, daß die Kollegin Frau Köhler vom Verband unterstützt wird, für die anderen beiden Kolleginnen, welche gleichfalls von dem Herrn Danehl entlassen sind, soll die Unterstützung durch Sammlungen unter den Mitgliedern beschaftigt werden.

Lüneburg. Am 16. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung, die zunächst Kollege B. als Revisor in Vorschlag brachte. Ein Sammelbote konnte, weil alle Kollegen ablehnten, nicht gewählt werden, und erbat sich Kollege K. freiwillig, einzuweilen diese Arbeit zu verrichten. Die Lage der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen wurde einer vergleichenden Kritik mit der Lage der Landarbeiter unterzogen. — Unter „Verschiedenes“ stellte ein Kollege den Antrag, beim Hauptvorstand anzufragen, warum gerade den kleinen Zahlstellen die Berichte immer noch mehr abgekürzt werden. (Alle Rechte, die gekürzt werden können, werden gekürzt, ganz gleich, woher sie kommen. Damit ist auch der Vorstand einverstanden. D. Red.) Den Kollegen möchten wir an das Herz legen, die Versammlungen besser zu besuchen, damit es nicht wieder vorkommt, daß außer den Bevollmächtigten höchstens ein oder zwei Mitglieder anwesend sind.

Nordbeck. Die am 16. Januar tagende Versammlung war besser besucht, wie ihre unmittelbaren Vorgängerinnen. Einige Kollegen wurden als Mitglieder aufgenommen. In Sachen des 1. Stiftungsfestes ward beschlossen, dieses am 19. Februar ab-zuhalten. Die Versammlung nahm dann das Vorschlag der Bevollmächtigten und Revisoren vor. Sämtliche 3 Bevollmächtigte und 1 Revisor kamen wieder, 2 Revisoren kamen aufs Neue in Vorschlag.

Osnabrück. Montag, den 17. Januar, tagte unsere ordentliche Mitgliederversammlung. Die Abrechnung der Weihnachtst-feier ergab einen Ueberschuß von 236,91 Mk. Den streikenden Maschinenbauern wurden 20 Mk. überwiesen. Ferner wurde beschlossen, auf der Konferenz in Mainz einen Antrag einzubringen, monach die Leitung des Verbandes so auszugestalten sei, daß diese auch agitatorisch thätig sein kann. Betreffs der Vergütung der Delegirten zur Konferenz blieb man bei der seitherigen Lage: freie Fahrt und 4 Mk. pro Delegirter. Es wurden gewählt: die Kollegen Spies und Ortlepp und Kollegin Frau Träger. Es erfolgte hierauf Erziehung eines Ausschuhmitgliedes. Die Wahl fiel auf Kollegin Frau Träger. Als Delegirte zum Gewerkschaftskartell wurden gewählt: die Kollegen Streb und Prüll. Da in letzter Zeit öfters persönliche Angelegenheiten in die Versammlungen geschleppt wurden, beschloß die Versammlung einstimmig, auf Antrag des Kollegen Los, daß diese Angelegenheiten stets dem Vorstande zur Regelung überlassen bleiben. Nachdem Kollege Ortlepp noch Bericht über den Streit in Weidelsberg gegeben erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Ovenstedt bei Magdeburg. Am 17. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung, die zahlreich besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung legte unser 2. Bevollmächtigter die Abrechnung vor, die von der Versammlung ohne Widerspruch entgegen genommen wurde. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zu einer Besserung unserer Löhne“, gingen die Meinungen der Kollegen und Kolleginnen auseinander. Sie wurden sich darin einig, daß eine Kommission, bestehend aus 10 Personen, zu gleichen Theilen aus weiblichen und männlichen Personen, gewählt wurde, die sich mit der An-gabe befassen soll. Ferner wurde beschlossen, vom 1. März an Extramarfen à 5 Pfennig zur Stärkung der Lokalkasse aus-zugeben. Jedes Mitglied ist verpflichtet, jede Woche eine Marke zu nehmen. Es wurden noch 40 Mitglieder aufgenommen und dann die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Rendsburg. Am Sonnabend, den 8. Januar, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokale der „Neuen Welt“. Nachdem sich mehrere Kollegen zur Aufnahme gemeldet hatten, verlas der 1. Bevollmächtigte ein Antwortschreiben des hiesigen Magistrats-Kollegiums an das Gewerkschaftskartell. Auf Antrag unserer Delegirten war vom Kartell ein Besuch an unsere Stadtväter eingereicht worden, in welchem diese aufgefordert wurden, bei der Regierung dahingehend vor-stellig zu werden, daß zu den Vorarbeiten zum Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes hier selbst keine Inzassen des hiesigen Zuchthauses mehr Verwendung finden sollten. Da von einem Mangel an Arbeitskräften am hiesigen Orte nicht die Rede sein könne. Das Gesuch ist abschlägig befunden worden, weil, wie es in dem Antwortschreiben unserer Komm. -Regierung zu lesen ist, „demnach nicht wirklich arbeitslos zu sein, welche gewillt sind, für mäßigem Preis ordnungsgemäße Arbeit zu liefern, städtischerseits Beschäftigung geboten werden wird“. Also abwarten, bis dahin Steuern zahlen und den Mund halten! Dann wurde ein Antrag des Gewerkschaftskartells, unsere Mitglieder-Versammlungen anstatt wie bisher Sonn-abends, an einem anderen Tage abzuhalten, abgelehnt. Unter „Sonstigem“ wurde von einem am Hafen beschäftigten Kollegen mitgeteilt, daß die am hiesigen Hafen beschäftigten Kollegen eine Geschäftsstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes gründen wollten, weil die Kollegen sich ausdrückte, die Interessen der Fabrik-arbeiter innerhalb unseres Verbandes nicht genügend gewahrt werden könnten. Die Kollegen Müller, Sand und Schönfelder traten dem entgegen. Dieselben führten aus, daß unter den hiesigen Arbeitsverhältnissen die Gründung einer Zweigstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter nur eine Zerspaltung der Organisation bedeute. Wenn die Fabrikarbeiter gewillt sind, anstatt wie bisher zur Seite zu stehen, energisch für ihre Interessen einzutreten, wäre es ihre Pflicht als ungelernete Ar-beiter, Mann für Mann dem Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter beizutreten. Eine Sonder-Organisation der Fabrik-arbeiter ist hier, wie uns die Erfahrung gelehrt hat, nicht lebensfähig. Nach Erledigung einiger anderer interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der nur von 12 Personen besuchten Versammlung.

Wandsbek. In der Mitgliederversammlung, die am 12. Januar tagte, gab der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung bekannt, die von den Revisoren für richtig befunden wurde. Die Versammlung erteilte auf Antrag der Revisoren dem 2. Bevollmächtigten Entlastung. Den Kartellbericht erstattete Kollege Wessel. Der Beitrag an das Kartell ist für weibliche Mitglieder auf 3 Pf. pro Quartal erniedrigt. Mitglieder, welche beim Gewerbegericht eine Klage anhängig gegen ihre Arbeitgeber machen wollen, sollten sich bei einer eingeweihten Person erst Gewißheit verschaffen, ob ihre Klagen auch begründet sind und Aussicht auf Erfolg haben. Der Kollege Martens begründete dann die Erhebung einer Extrasteuer. Er führte aus, daß mit dem Anwachsen unserer Organisation auch die Ansprüche an ihre Leistungen sich gesteigert hätten, sodas die Erhebung einer Extrasteuer, die alle 14 Tage zu entrichten sei und für männliche Mitglieder 10 Pf., für weibliche 5 Pf. betragen solle, nothwendig geworden sei. Die Beschlußfassung über diesen Antrag wurde bis zur nächsten Versammlung ver-tag. Als Kartell-Delegirte wurden dann die Kollegen E. Wessel und G. Martens, als deren Stellvertreter die Kollegen A. Behn und Hr. Martens gewählt. Die Kollegen Hinzpeter, Schwarz und Meyer und Kollegin Fr. Schüler wurden als Thürkontroleure gewählt. Das Sommerfest wird Sonntag, den 19. Juni, in Nagel's Etablissement abgehalten. Zum Schluß wurden dem 2. Bevollmächtigten 10 Mark pro Quartal bewilligt.

Wilhelmsburg. In der am Sonntag, den 9. Januar tagenden Versammlung hielt Kollege Schulz seinen 3. Vortrag über die Sozialreform (Abf. n. Koalitions-gesetz). Sein Vortrag wurde von der stark besuchten Versammlung mit großem Bei-fall aufgenommen. Zum Punkt 2: Abrechnung, erhielt der 2. Bevollmächtigte, Kollege Mohr, das Wort. Die Abrechnung wurde für richtig befunden, der Lokalkasse verbüßt ein Kassenbestand von 158,16 Mk. Dem 2. Bevollmächtigten wurde Decharge erteilt. Kollege Flegner stellte den Antrag, von dem Kassenbestande 50 Mk. den streikenden Maschinenbauern Englands und 50 Mk. für die Schulden vom Fabrikarbeiterstreik in Hamburg zu bewilligen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In „Verschiedenes“ las Kollege Mohr die be-ziehenden Kollegen vor, welche ihre Streikkarte bezahl haben. Im Ganzen waren bis dato von 1200 Mk. Schulden 120 Mk. abbezahlt. Es ward beschlossen, zur Buchung der bezahlten Streikkarten ein Extrabuch anzuschaffen, auch wurde wiederum den Kollegen ans Herz gelegt, zur Tilgung der Streikschulden besser beizutragen. Zum Schluß wurde noch die Ernennung der Kartell-Delegirten und der Thürkontroleure vorgenommen. Ge-wählt wurden die Kollegen Buchardt und Müller, als Ertragsmann Kollege Lübbe; als Thürkontroleure Kollegen Kolf und Bressen. Schluß der Versammlung 7 1/2 Uhr.

Wolfsk. Die am 15. Januar tagende Mitgliederversam-mung nahm Stellung zu den Vorkommnissen, die zur Arbeitslosigkeit der Kollegen Tsch, Trost und Witmann geführt haben. Diese waren an dem Bahnbau Greifswald-Wolfsk beschäftigt. Die Arbeitszeit währte von Morgens 7 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr, mit im Ganzen 3/4 stündiger Pause. Der Lohn war 2 Mark. Nachdem die Feiertage vorüber waren und die Arbeiter am 4. Janu r die Arbeit wieder aufnehmen wollten, verkündete ihnen der Unternehmer, daß sie für 1,80 Mk. arbeiten sollten. Die ganze Schaar, 69 Mann, legte nun die Arbeit nieder, natürlich alle, bis auf drei, unorganisirte. Die drei sahen die Auslosigkeit des Vorgehens ein und machten darauf aufmerksam. Da kamen sie aber schon an. „Wer für den Lohn arbeitet, kriegt etwas mit der Schaufel über den Kopf.“ Natürlich mußten unsere Kollegen sich fügen, und trotz der Auslosigkeit und Planlosigkeit des Kampfes die Arbeit mit einstellen. Wieder ein Beweis, wie die unorganisirten Arbeiter den schlimmsten Einfluß ausüben. Die Versammlung war der Ansicht, daß die Genannten, ohne den Verband dem Spott und Hohn auszufsetzen, nicht anders handeln konnten und auch zu unterstützen seien, und erwartete, daß auch der Vorstand in Hannover sich auf den Standpunkt stellen wird. Hierauf be sprach der 1. Bevollmächtigte die Vorgänge in Zogelow und das rigorose Vorgehen der Unternehmer, und unterzog die einseitigen Berichte der bürgerlichen Blätter einer herben Kritik. An Stelle des Kollegen Tsch wird, wenn er nach auswärts Arbeit bekommen sollte, der Kollege Siwert als 3. Bevollmächtigter und als Vertreter in das Gewerkschaftskartell gewählt. Da der 3. Revisor, Schuhmacher, im Frühling von hier wegzieht und schon eine geraume Zeit seine Beiträge reißt, diese auch auf Aufforderung nicht beglichen hat, so wird für ihn der Kollege Siwert vorgeschlagen.

Berth. Am 2. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung, die zunächst über Anschaffung einer Bibliothek beriet. Da der Plan allgemeine Zustimmung fand, so konnte eine Kommission aus 6 Personen gebildet werden. Dann wurde der Wunsch laut, recht bald wieder eine Gewerkschaftsversammlung abzuhalten, um dadurch für unsere Organisation zu wirken und wir in die Lage kommen, für Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten.

Achtung! Organisierte Arbeiter Hamburgs!
 Am Sonntag, den 30. Januar 1898, findet eine große Demonstration gegen die von der deutschen Reichsregierung geplante Verkümmern des Koalitionsrechtes der Arbeiter statt.
 Hamburger Kollegen, folgt diesem Rufe und besucht Mann für Mann die in der Hamburger Tagespresse noch näher bekannt zu machenden Versammlungen. Es gilt, Euer wichtigstes Recht zu verteidigen.
 Die Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
 Das Mitglied C. F. Schwarz, geb. am 19. April 1861, eingetreten zu Westendorf (Kr. Ostpreignitz), hat sein Buch Ser. II 17-072 verloren, und wird dieses hiermit für ungültig erklärt. — Auch das Buch Nr. 022 627 des Mitgliedes Josef Werke, eingetreten am 4. Juni 1897 in Hagen, wird für ungültig erklärt.
 Aug. Frey.

Hamburg. [1,20 Mt.]
 Dienstag, den 1. Februar 1898, Abends 8 1/2 Uhr:
 im Lokale des Herrn Lamprecht:
Öffentl. Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen.
 Vortrag des Genossen Adler.

Berlin. Keisegeleit von 5-6 Uhr Nachm.
Bielefeld. Keisegeleit alle 14 Tage, Sonnabend Abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Kaiser Adolph“, Bismarckstr. 39.
Bismarck a. d. Wille. Jeden 1. Mittw. i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei R. Kaulbach.
Bitfurt. Sonnab. nach dem 1. und 15. eines jeden Monats. Durchreisende Kollegen können im Restaurant „Hantel“, Rathswall, 12. Keisegeleit bei H. Meier, Löperstr. 11, 2. Et., nach 6 Uhr Abends.
Bodenheim. Alle 14 Tage, Sonnab. 8 1/2 Uhr, zu den drei Pforten. Keisegeleit von 12-1 Uhr, Ab. 5-9 Uhr bei Sippel, Frankfurterstr. 32 a.
Borby b. Osterförde. Jeden 1. Sonntag, i. M., Ab. 4 Uhr, im Lokal Helms, Borby.
Braunschweig. Jeden Dienstag nach dem 1. u. 15. im Monat im Lokale des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Henkel, Göttingerstr. 41.
Bremen. Keisegeleit beim Kollegen Schäfer, Hildesheimerstr. 23D, Abends 7-9 Uhr.
Cañel. Jeden zweiten und letzten Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, bei H. Hahn, Schillerstr. 33. Keisegeleit beim Kollegen Joh. Schür, Börsenhausstr. 30, 3. Etage, Abends 7-8 Uhr.
Cella. Verkehrslokal und Herberge beim Gehwirth Kross, Jägerwiese. Keisegeleit Ab. 7-9 Uhr.
Zeitz. Jeden Sonnabend von 6-10 Uhr Ab. Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Keisegeleit bei Fr. Panting, Kornmarkt 37, 1.
Delmenhorst. Alle 14 Tage, Sonnab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.
Delitzsch. Jeden Sonntag, den 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.
Dessau. Jeden Sonntag, den 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.
Detmold. Jeden Sonntag, den 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.
Dresden. Jeden Sonntag, den 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.

Abrechnung

des Streiks der Arbeiterinnen der Firma Bloch u. Girch in Urberach.

Einnahme:

Am 4. Dezember vom Vorstand	400,— Mt.
" 5. " aus einer Kellerversammlung	7,04 "
" 11. " vom Vorstand	400,— "
" 18. " vom Vorstand	400,— "
" 19. " vom Verband der Buchdrucker (Mitgliedschaft Offenbach)	5,— "
" 19. " vom Offenbacher Abendblatt	5,— "
" 19. " von Listen des Offenbacher Gewerkschaftskartells	195,86 "
Summa:	1412,90 Mt.

Ausgabe:

Am 12. Dezember Unterstützung für 77 Mädchen, 3 Wochen à 15 Mark	1155,— Mt.
" 19. " an die Kommission in Urberach an Guler u. Büchel für Zeiterfüllung	16,67 "
" 19. " an Guler (für ausgelegten Fuhrlohn)	8,— "
" 19. " an Ortlopp für Versammlung in Urberach	10,70 "
" 19. " an Ortlopp für Zeiterfüllung und Diäten	4,65 "
" 19. " an Karl Ring, ausgel. Fuhrlohn	12,85 "
" 19. " an Streb für Fahrt, Diäten und Zeiterfüllung	1,— "
" 19. " Porto für Geld und Briefe	17,80 "
Summa:	1227,97 Mt.

Einnahme 1412,90 Mt.
 Ausgabe 1227,97 Mt.
 An die Hauptkassie zurückgeschickt 184,93 Mt.
 Jakob Streb.
 Die Richtigkeit obiger Rechnung bekennen:
 Die Kommission:
 Dorothea Vos, Margaretha Eder,
 Katharina Rumpf,
 Clemens Büchel, Georg Guler.

Aufruf

an sämtliche Zahlstellen des Rhein-, Main- und Neckar-Ganzen, sowie an die rechtsrheinischen in Bayern!
 Sonntag, den 6. Februar 1898, findet im Lokale des Herrn H. Arnold zu Mainz eine Konferenz für Süddeutschland mit folgender Tagesordnung statt:
 1. Bericht der Delegierten über Stand und Stärke ihrer Zahlstellen.
 2. Organisation und Agitation. Referent: Streb.
 3. Bildung einer Agitations-Kommission. Referent: Meckler.
 4. Stellungnahme zur Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Ufas.
 5. Verschiedenes.

Abends 6 Uhr: Allgemeine Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Die gegenwärtige Lage der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen“. Referent: Genosse Streb-Offenbach.
 Es werden alle Zahlstellen aufgefordert, soweit wie möglich sich an dieser Konferenz zu beteiligen. Auf Anfrage erteilt nähere Auskunft der Bevollmächtigte Jakob Meckler, Mainz, Synagogenstr. 21. Zum Empfang der Delegierten sind Kollegen, kenntlich durch ein im Knopfloch hängendes rothes Abzeichen, am Bahnhof.

Neue Adressen u. Adressen-Änderungen.

Bodenheim. Sippel, Frankfurterstr. 32.
 Bismarck a. d. Wille. W. Friedrich, Michaelstr. 18.
 Baling. Albin Thom, Pippingerstr. 70.
 Tangermünde. Karl Krüger, Breitestr. 8.

Bitte! Wer von unsern Bevollmächtigten ist noch im Besitze der Nummern 14 und 28 des Correspondenzblattes, Jahrgang 1897, und ist so liebenswürdig sie mir zu überlassen? Beide Nummern können als Drucksache im verschlossenen Couvert per 3 Pf.-Marke überandt werden. Im Voraus Dank.
 Aug. Frey, Hannover, Burgstr. 41, 3. Et.

Berlin. Keisegeleit.

Bei Orten, wo eine andere Adresse bezügl. des Keisegeleits nicht angegeben ist, gelangt dasselbe beim 1. Bevollmächtigten zur Auszahlung. — In jeder Versammlung werden Mitglieder aufgenommen und Beiträge erhoben.
 M. = Mittags, N. = Nachmittags, Ab. = Abends, i. M. = im Monat.
Afen. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Elshagen“.
Afeld. Jeden 1. und 3. Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Vogt, Lütke. Die Herberge ist in der Pforten. Keisegeleit beim Kollegen W. Hirtmann, Ständehausstr. 3, M. von 12-1 Uhr und Ab. von 7-8 Uhr.
Altendamm. Versammlungen in Steinert's Restauration, Kestelgasse. — Keisegeleit M. von 12-1 Uhr und Ab. von 7-8 Uhr bei Karl Richter, Kestelgasse 26.
Altendamm. Versammlung alle 14 Tage, Sonnab. 8 1/2 Uhr, bei Fritz Lucht.
Bader. Jeden 1. Sonntag, i. M., Nachm. 3 1/2 Uhr, und jeden 3. Sonntag, i. M., Aufzuge im Schloss „Zum neuen Viehmarkt“. Dasselbe Keisegeleit M. 12-1 Uhr.
Barmbeck. Jeden zweiten Mittw. i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Fr. Kloppe, Ecke Friedrichs- und Zeisnigstr. 10. Herberge bei W. Herten, Strödelstr. 10.
Bergedorf. Nächste am Sonnabend, den 12. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „St. Petersberg“.
Beruburg. Versammlung der Einzelmitglieder jeden 1. Sonnabend i. M. Keisegeleit bei W. Köppen, Wolfgangstr. 143, 1. Etage, Ab. 6-8 Uhr.
Berlin. Keisegeleit von 5-6 Uhr Nachm.
Bielefeld. Keisegeleit alle 14 Tage, Sonnabend Abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Kaiser Adolph“, Bismarckstr. 39.
Bismarck a. d. Wille. Jeden 1. Mittw. i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei R. Kaulbach.
Bitfurt. Sonnab. nach dem 1. und 15. eines jeden Monats. Durchreisende Kollegen können im Restaurant „Hantel“, Rathswall, 12. Keisegeleit bei H. Meier, Löperstr. 11, 2. Et., nach 6 Uhr Abends.
Bodenheim. Alle 14 Tage, Sonnab. 8 1/2 Uhr, zu den drei Pforten. Keisegeleit von 12-1 Uhr, Ab. 5-9 Uhr bei Sippel, Frankfurterstr. 32 a.
Borby b. Osterförde. Jeden 1. Sonntag, i. M., Ab. 4 Uhr, im Lokal Helms, Borby.
Braunschweig. Jeden Dienstag nach dem 1. u. 15. im Monat im Lokale des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Henkel, Göttingerstr. 41.
Bremen. Keisegeleit beim Kollegen Schäfer, Hildesheimerstr. 23D, Abends 7-9 Uhr.
Cañel. Jeden zweiten und letzten Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, bei H. Hahn, Schillerstr. 33. Keisegeleit beim Kollegen Joh. Schür, Börsenhausstr. 30, 3. Etage, Abends 7-8 Uhr.
Cella. Verkehrslokal und Herberge beim Gehwirth Kross, Jägerwiese. Keisegeleit Ab. 7-9 Uhr.
Zeitz. Jeden Sonnabend von 6-10 Uhr Ab. Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Keisegeleit bei Fr. Panting, Kornmarkt 37, 1.
Delmenhorst. Alle 14 Tage, Sonnab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.
Delitzsch. Jeden Sonntag, den 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.
Dessau. Jeden Sonntag, den 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.
Detmold. Jeden Sonntag, den 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.
Dresden. Jeden Sonntag, den 1. und 15. eines jeden Monats, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Laas, Ecke Kanonenparkstr. 11. — Keisegeleit beim Kollegen Hahn, Schillerstr. 33.